

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Pfeifer, Rühle, Dr. Schwarz-Schilling, Dr. Stavenhagen  
und der Fraktion der CDU/CSU**

### **Verbesserung der Ausbildungsförderung für deutsche Studenten bei einem Studium im Ausland, insbesondere in den USA und in Kanada**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung generell die Möglichkeiten der Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) für deutsche Studenten bei einem Studium im Ausland, insbesondere in den USA und in Kanada?
2. Welche neuesten Zahlen liegen der Bundesregierung über den heutigen Ist-Stand und die Entwicklung seit 1950 der Anzahl deutscher Studenten in europäischen und außereuropäischen, insbesondere Hochschulen der USA und Kanadas vor? Trifft es zu, daß 1972 immerhin noch 3,1 v. H. der Studierenden zeitlich begrenzt an ausländischen Hochschulen studierten, während es 1977 nur noch etwa 1,2 v. H. waren?
3. Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung in den nächsten Jahren bis 1985 im Zusammenhang mit der Bereitschaft deutscher Studenten zum Auslandsstudium in den Hochschulen der genannten Länder?
4. Teilt die Bundesregierung unsere Auffassung, daß im Rahmen einer zunehmend zu beobachtenden allgemeinen „Auslandsmüdigkeit“ der Anteil der deutschen Studenten, die ihre Ausbildung im Ausland auf wesentlichen Gebieten ergänzen, zu gering ist und stimmt die Bundesregierung unserer Meinung zu, daß das geltende restriktive Förderungssystem nach BAföG einen Studienaufenthalt im Ausland, insbesondere in den USA, nicht nur nicht begünstigt, sondern eher behindert?

5. Teilt die Bundesregierung ferner unsere generelle Beurteilung, daß ein Studium deutscher Studenten im europäischen und außereuropäischen Ausland nicht nur zur Ergänzung und Spezialisierung der Ausbildung, sondern auch wegen der wachsenden Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland als politischer, wirtschaftlicher und kultureller Partner in den weltweiten Beziehungen von entscheidender Bedeutung für die außen- und handelspolitische Entwicklung unseres Landes ist?
6. Stimmt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang insbesondere unserer Forderung zu, wegen der herausgehobenen Bedeutung unserer Partnerschaft mit den USA auf politischem, wirtschaftlichem, kulturellem und militärischem Gebiet, einen Studienaufenthalt deutscher Studenten in den Vereinigten Staaten von Amerika viel wirkungsvoller als bisher zu fördern und die dafür notwendigen Erleichterungen zu schaffen?
7. Ist die Bundesregierung in diesem Zusammenhang bereit, das BAföG so zu ändern, daß den Studenten bei einem Studienaufenthalt im Ausland die Sorge vor dem Überschreiten der Förderungshöchstdauer genommen wird, da sich die Förderungshöchstdauer aus Mitteln des BAföG nach der Regelstudienzeit richtet und somit die Förderungshöchstdauer lediglich um ein Semester verlängert wird, wenn ein Student für die Dauer eines Jahres einen Studienaufenthalt im Ausland absolviert hat?
8. Ist die Bundesregierung weiterhin bereit, die starre Bestimmung des BAföG zu lockern, die darin besteht, daß ein Auslandsstudium nur dann gefördert wird, wenn es als sinnvoller Bestandteil in ein Studium, das im Inland absolviert werden muß, integriert werden kann? Ist die Bundesregierung also bereit, die strikte Anrechenbarkeit auf das inländische Studium als Förderungsvoraussetzung eines Auslandsstudiums fallen zu lassen oder zumindest großzügiger zu regeln?
9. Erklärt sich die Bundesregierung ferner bereit, die restriktive Regelung nach der geltenden Ausbildungsförderung aufzuheben oder zumindest zu lockern, nach der bei Nichtanrechnung eines einjährigen Auslandsstudiums auf die inländische Studienzeit die Förderungshöchstdauer nach dem BAföG zwar um ein Semester verlängert wird, hinsichtlich des zweiten Auslandssemesters die Förderung aber ausgeschlossen bleibt?
10. Ist die Bundesregierung darüber hinaus bereit, unserer Forderung zu folgen, eine Benachteiligung derjenigen Studenten auszuschließen, die sich für einen Auslandsaufenthalt entscheiden, indem das BAföG so geändert wird, daß die Förderung dann ruht, wenn während eines Auslandsaufenthaltes im Rahmen eines Austauschprogrammes keine

Förderung nach dem BAföG in Anspruch genommen wird und bei Wiederaufnahme des Studiums in der Bundesrepublik Deutschland nur die deutschen Studiensemester auf die Förderungshöchstdauer angerechnet werden?

11. Beabsichtigt die Bundesregierung, unsere Forderung nach Gleichstellung des Studiums in den USA und Kanada mit dem Studium in europäischen Ländern in bezug auf die Ausbildungsförderung nach dem BAföG umfassend zu unterstützen?
12. Teilt die Bundesregierung unsere Forderung, den Besuch von Sprachkursen, kürzeren Studienaufenthalten von mehreren Monaten und beispielsweise fachbezogenen Sommerkursen im Ausland, die von verschiedenen Universitäten während der Semesterferien angeboten werden, mit Hilfe des BAföG und auf andere Weise verstärkt zu fördern?
13. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, über die bisher vorgesehenen „Kaufkraftzuschläge“ hinaus, die Auslandszuschläge in der BAföG-Förderung und in anderen Förderungsbereichen den erhöhten Kosten im Ausland und den dortigen Preissteigerungen schneller und wirkungsvoller anzupassen?

Bonn, den 9. Januar 1979

**Pfeifer**

**Rühe**

**Dr. Schwarz-Schilling**

**Dr. Stavenhagen**

**Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion**

## Begründung

Mit ihrer Initiative beabsichtigt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß durch eine Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes eine Benachteiligung derjenigen Studenten ausgeschlossen wird, die sich für einen Auslandsaufenthalt entscheiden. Durch eine Novellierung des BAföG und durch die Verbesserung weiterer Förderungsmöglichkeiten eines Auslandsaufenthaltes, insbesondere von Studenten, soll eine wirksamere Finanzierung des Auslandsstudiums, insbesondere in den USA und Kanada erreicht werden.

Obwohl die Anzahl deutscher Studenten in europäischen Ländern und außereuropäischen Ländern nach einer Zusammenstellung des DAAD in absoluten Zahlenangaben größer geworden ist, ist im Vergleich zu den überproportional gestiegenen Studentenzahlen prozentual ein Rückgang der deutschen Auslandsstudenten zu verzeichnen. Die Gründe für das sinkende Interesse an einem vorübergehenden Auslandsstudium sind in praktischen Hindernissen und in Mentalitätsveränderungen der heutigen Studenten zu suchen. Aufgrund der Studienplatz- und Arbeitsmarktsituation ziehen die Studenten es heute überwiegend vor, schnell zu einem Studienabschluß zu gelangen, um möglichst bald in einen Beruf einzutreten. Eine Erweiterung und Vertiefung der eigenen Bildung und Ausbildung durch einen begrenzten Auslandsaufenthalt werden daneben eher als unzweckmäßige Verzögerung für einen schnellstmöglichen Berufseinstieg angesehen.

Viele Studenten empfinden die unterschiedlichen Studienbedingungen und Hochschulzugangsvoraussetzungen in den einzelnen Ländern als mangelnde Freizügigkeit in bezug auf ihre eigenen Weiterbildungsmöglichkeiten im Ausland. Viele Studenten sind auch durch zunächst mangelnde Fremdsprachenkenntnisse behindert, obwohl ein Auslandsaufenthalt gerade auch dazu da ist, Fremdsprachengrundkenntnisse zu vervollständigen. Häufig sind auch finanzielle Gründe für die Ablehnung eines Auslandsaufenthaltes maßgebend: oft hohe Studiengebühren an ausländischen Ausbildungsstätten und fehlende eigene Finanzmittel. Vielen Studenten muß vor ihrer Bereitschaft zu einem Auslandsstudium erst einmal nachgewiesen werden, daß ihre Sorge um den Verlust des Studienplatzes nach der Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland unbegründet ist. Sorge vor dem Überschreiten der Regelstudienzeit durch ein vorübergehendes Auslandsstudium ist ebenfalls angeblich der Grund für die Ablehnung eines Auslandsaufenthaltes. Weitere Gründe für das deutlich abnehmende Interesse an einem vorübergehenden Auslandsstudium sind auch die Sorge um eine Verzögerung in der akademischen Laufbahn und die formalen Schwierigkeiten, die bei der Beurlaubung oder bei der Anerkennung von ausländischen Dienst- oder Studienzeiten entstehen. Vielen grundsätzlich an einem Auslandsstudium Interessierten ist nicht ausreichend bewußt, daß ihre Sorge bei einer eventuellen Verlängerung des Studiums keinen angemessenen Arbeitsplatz zu finden, durch die erhöhten Einstellungschancen

aufgewogen wird, die aus der zusätzlichen Auslandsqualifikation entstehen. Besonders gravierend ist der Rückgang des Interesses an einem Studienaufenthalt in den USA und in Kanada. Aufgrund der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und militärischen Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland mit Nordamerika kann dieser Rückgang auf Dauer zu einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des politischen und insbesondere handelspolitischen Verhältnisses unseres Landes zu Nordamerika führen. Nur 0,05 v. H. von über 800 000 deutschen Studenten nehmen die Gelegenheit wahr, einen Teil ihres Studiums an einer Hochschule in den USA zu absolvieren. Die Zahl der deutschen Studenten, die als Stipendiaten ein längerfristiges Studium, d. h. mindestens ein Jahr, in den USA absolvieren, ist erschreckend niedrig. 1977/1978 waren es insgesamt 256 Studenten, davon 167 als Stipendiaten der Fullbright-Kommission und 89 als Stipendiaten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Wenn man diese Zahl der in Deutschland im Wintersemester 1977/1978 studierenden Gesamtstudentenzahl von 821 280 gegenüberstellt, dann sind das 0,041 v. H. Selbst wenn man alle Deutschen, die für kürzere Zeit aufgrund privater Beziehungen oder aus eigener Initiative in die USA reisen, hinzurechnet, ergeben sich für 1977/1978 insgesamt lediglich 2040 deutsche Studenten in den USA. Das entspricht einen Prozentsatz von 0,33 v. H.

Während die Bundesrepublik Deutschland in den früheren Jahren zur Spitzengruppe derjenigen Länder zählte, welche Austauschprogramme förderten und junge Studenten in die USA schickten, stehen wir heute nach Israel an 22. Stelle.

Die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages betr. Verbesserung der Ausbildungsförderung für deutsche Studenten bei einem Studium im Ausland, insbesondere in den USA und in Kanada, soll ein Anstoß zu einer besseren Förderung des Auslandsaufenthaltes von Schülern und jungen Wissenschaftlern, insbesondere aber von Studenten sein. Die Bundesregierung soll mit dieser Initiative aufgefordert werden, größere Anstrengungen zur Verbesserung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes mit der Zielrichtung zu unternehmen, daß der Anteil, insbesondere der Studenten, die ein Auslandsstudium absolvieren, deutlich gesteigert wird.

